Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 34 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Sonnabend 11. Februar 1933

Rücktritt der holländischen Regierung.

Amsterdam, 9. Febr.

Unerwarteterweise ist heute die holländische Regierung zurückgetreten.

Wie aus Amsterdam gemeldet wird, steht der Rücktritt der Regierung nicht in Zusammenhang mit den Meutereien auf holländischen Kriegsschiffen, sondern erfolgte deshalb, weil die Regierung mit ihren Vorschlägen zur Justizreform nicht durchgedrungen ist.

Sie hatte im Parlament zu dieser Angelegenheit die Vertrauensfrage gestellt, wobei sich eine Mehrheit gegen die Regierung ergab, die daraufhin sofort zurücktrat.

Die zurückgetretene Regierung war seit August 1929 im Amte gewesen.

Die Meuterer bombardiert und gefangen.

Batavia, 10. Febr. (A.A.)

Der meuternde Kreuzer „De Zeven Provincien" wurde heute morgen vom Kreuzer „Java", zwei Zerstörern und einigen Flugzeugen an der Südostküste von Sumatra eingeholt.

Der Kommandant des Geschwaders befahl den Meuterern durch Funkspruch, sich bedingungslos zu ergeben. Die Meuterer antworteten einfach: „Halten Sie uns nicht auf".

Darauf wurde eine Bombe auf das Meuterei-schiff abgeworfen, durch die 18 Mann der Besatzung, 15 Javaner und 3 Europäer, getötet wurden.

Erst jetzt ergaben sich die Meuterer.

Der Brand, der durch die Bombe verursacht wurde, scheint nicht bedeutenden Schaden angerichtet zu haben.

Neue japanische Kriegsschiffbauten.

Tokio, 10. Febr.

Im Haushaltsausschuss des japanischen Parlaments kündigte der Marineminister weitere Kriegsschiffbauten für das kommende Haushaltsjahr an.

*

Es werden ein Unterseeboot-Mutterschiff, 2 Unterseebootjäger und 1 Kreuzer gebaut werden.

Weitere Bemühungen um eine Einigung in Ostasien.

Genf, 10. Febr.

Die Bemühungen des 19er Ausschusses, doch noch eine gütliche Einigung zwischen China und Japan herbeizuführen, nehmen ihren Fortgang.

Der japanische Delegierte Matsuoko hat dem Generalsekretär des Völkerbundes neue Vorschläge unterbreitet.

Vom Hauptausschuss der Abrüstungstagung.

Genf, 10. Febr.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz ist für den kommenden Montag festgesetzt worden.

Neue Vorschläge Hendersons?

London, 10. Febr.

Wie englische Blätter mitteilen, hat der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der dem Büro der Abrüstungskonferenz sogleich nach Beendigung der allgemeinen Aussprache über den französischen Plan mitgeteilt werden soll.

Die Bemühungen um Listenverbindungen im allgemeinen gescheitert.

Berlin, 9. Febr.

In Deutschland werden eifrig Verhandlungen zur Bildung einer Einheitsfront geführt, die jedoch bis jetzt im allgemeinen keinen Erfolg aufzuweisen haben. Auch die angestrebte Verbindung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist nicht zustande gekommen.

Wohl aber würde indirekt eine solche Verbindung zustande kommen, wenn Hitler die kommunistische Partei noch vor den Wahlen verbieten würde.

*

Berlin, 9. Febr.

Eine Wahllistenverbindung ist bis jetzt nur zwischen der Deutschen Volkspartei, dem christlichsozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei zustande gekommen, die beschlossen haben, einen gemeinsamen Wahlvorschlag einzureichen, im übrigen aber selbständig bleiben wollen.

Die Bildung eines „Christlich-nationalen Wahlblocks" scheiterte an der Weigerung der Deutschnationalen, die allein in den Wahlkampf ziehen wollen.

*

Berlin, 9. Febr. (A.A. nach W.T.B.)

Auf eine Erklärung der Berliner Sozialdemokraten, in der den Kommunisten vorgeworfen wird, sie hätten niemals eine gemeinsame Kampffront angeboten, wirft die kommunistische „Rote Fahne" den Führern der Sozialdemokratie vor, sie wollten einen „Nichtangriffspakt gegen die faschistische Diktatur" abschließen, während man einen „Nichtangriffspakt zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern" schließen müsse.

*

Berlin, 9. Febr. (A.A.)

Die sozialdemokratische Partei wird für die Reichstagswahl ihre Kandidatenliste der letzten Wahl mit Otto Wels an der Spitze einreichen.

Otto Braun bleibt Spitzenkandidat der Partei für den preußischen Landtag.

Deutschland und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

Genf, 9. Febr. (A.A. nach W.T.B.)

Im Namen der Reichsregierung erklärte der deutsche Vertreter beim Völkerbund, v. Keller, daß Deutschland seine Zustimmung zur Fakultativklausel des Artikels 36 des Abkommens über den Ständigen Schiedsgerichtshof im Haag um fünf Jahre verlängere.

Dies bedeutet, daß Deutschland zur friedlichen Regelung der Meinungsverschiedenheiten auch mit solchen Staaten bereit ist, die mit Deutschland keine Schiedsgerichts- und Ausgleichsverträge abgeschlossen haben.

Die neue Reichsregierung und die schwedische Presse.

Stockholm, 9. Febr.

Der deutsche Gesandte in Schweden hat bei der schwedischen Regierung wegen der unfreundlichen Haltung eines Teiles der schwedischen Presse gegenüber der neuen Reichsregierung Vorstellungen erhoben.

Die schwedische Regierung hat zugesagt, bei der schwedischen Presse in diesem Sinne einwirken zu wollen.

„Staatsschädigende Nachrichten"

Bromberg, 6. Februar.

Die Bromberger „Deutsche Rundschau" meldet aus Thorn:

Wegen Verbreitung unwahrer staatsschädigender Nachrichten betreffend die Rückgabe Pommerellens an Deutschland hat die Polizei eine Untersuchung gegen Ludwika Wieckowa und gegen Stanislaw Pasinski eingeleitet. Die Akten wurden der Gerichtsbehörde mit dem Antrag um Bestrafung der Genannten zugestellt.

Die Kriegsschuldenfrage.

London, 9. Febr.

Wie englische Blätter berichten, befindet sich der britische Ministerpräsident in ständiger Fühlung mit Roosevelt in der Frage der Revision der Kriegsschulden.

Amerika wünscht vor allem, daß England wieder zur Goldwährung zurückkehre, ein Verlangen, das England für die nächste Zeit ablehnt, bis die Schuldenfrage geregelt und eine gewisse Stabilität der Wirtschaft eingetreten sein wird.

Für das Wahlrecht der Auslandsdeutschen ist Inlandsaufenthalt nötig.

Durch die Notverordnung vom 2. Februar ds. Js. wird — wie gemeldet — den im Auslande lebenden Angehörigen des Deutschen Reiches die Beteiligung an den Reichstagswahlen ermöglicht.

Voraussetzung hierfür ist Inlandsaufenthalt am Wahltage.

Die Stimmscheine werden im Auslande von den diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretungen verteilt, sobald sie dort eingegangen sind. Die Ausstellung von Stimmscheinen kann jedoch auch im Inlande erfolgen.

Gegen politische Ausschreitungen.

Berlin, 9. Febr.

Die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des deutschen Volkes", die am 4. ds. M. erlassen wurde, sieht unter anderem vor, daß öffentliche politische Versammlungen sowie Kundgebungen unter freiem Himmel aufgelöst werden können, wenn in ihnen leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind unter dem Ausdruck „leitende Beamte des Staates" im Sinne der Verordnung aktive Staatsminister, sofern sie ein Ministerium tatsächlich leiten, Staatssekretäre der Ministerien, Oberpräsidenten, Kammergerichtspräsidenten und Obergerichtspräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zu verstehen.

Ueberwachungsausschuss des Reichstags.

Berlin, 9. Febr.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Loebe für den nächsten Dienstag zu einer neuen Sitzung einberufen worden.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Maßnahmen zur Sicherung der Wahlfreiheit, ferner die Frage, ob die Osthilfe noch weiter beraten werden soll.

Berlin, 9. Febr.

Wegen des Zwischenfalles im Ueberwachungsausschuß hat heute der Abgeordnete Loebe ein neues Schreiben an den Reichstagspräsidenten Goering gerichtet, in dem er ihm für seine Bereitwilligkeit, in der Angelegenheit zu vermitteln, seinen Dank ausspricht.

Loebe erklärt in dem Schreiben jedoch, daß er in direkte Auseinandersetzungen mit dem Abgeordneten Frank nicht eintreten könne.

Kein Attentat gegen Hitler.

Berlin, 9. Februar. (A.A.)

Eine ausländische Nachrichtenagentur hatte das Gerücht ausgestreut, daß gegen Hitler ein Attentat begangen worden sei.

Diese Meldung wird als falsch bezeichnet. Hitler hat heute vormittag die Reichskanzlei nicht verlassen.

Staatsgelder für Parteizwecke?

Berlin, 9. Febr.

Wie gemeldet, hat das Ministerium Braun am Sonntag in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, worin die von einem Abgeordneten im preußischen Landtag vorgebrachte Behauptung, das Ministerium Braun habe Staatsmittel für Parteizwecke verwendet, für unrichtig erklärt wird.

Demgegenüber stellen die Kommissare des Reiches fest, daß ein Betrag von zwei Millionen Mark nicht bestimmungsgemäß verwendet erscheint und vermutlich für Wahlzwecke bei der Landtagswahl 1932 ausgegeben wurde.

Mit großer Beschleunigung wird ein Gutachten der obersten Rechnungskammer erbeten werden.

Der Gasi

Der Staatspräsident empfing gestern im Palast Dolmabagtsche den aus Izmir eingetroffenen Wirtschaftsminister Dschelal Bej und unternahm dann eine Spazierfahrt durch die Stadt. Der Gasi begab sich gegen 4 Uhr nachmittags zum Topkapu Serai und besichtigte, vom Museumsdirektor Asis Bej begleitet, sämtliche Räume des Serais.

*

Die Besichtigung der Räume nahm fast anderthalb Stunden in Anspruch. Hauptsächlich die aus Metall hergestellten Helme der osmanischen Herrscher aus dem 16. Jahrhundert lenkten durch ihre modernen Formen, die sie sogar heute für die Verwendung im Kriege geeignet erscheinen lassen, die besondere Aufmerksamkeit des Staatspräsidenten auf sich.

Der Staatspräsident fuhr dann über Diwan Yolu nach Fatih und kehrte wieder nach dem Palast zurück, wobei er auf den Straßen von der Bevölkerung mit großem Beifall begrüßt wurde. Als der Staatspräsident mit seinem Wagen an der verbrannten Säule vorbeifuhr, hatte sich auf der Straße ein so große Menschenmenge angesammelt, daß der Wagen sich nur mit Mühe den Weg bahnen konnte.

Tewfik Rüschdi Bej über Abrüstung und Sicherheit.

Genf, 9. Febr. (A.A.)

Der türkische Außenminister, Tewfik Rüschdi Bej, ergriff bei der Beratung des französischen Planes vor dem Hauptausschuss der Abrüstungstagung das Wort.

*

Der Minister erinnerte zunächst daran, daß der türkische Vertreter jederzeit den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung anerkannt habe. Der französische Plan sei ein Ausdruck der Krise in der Sicherheitsfrage.

Bei der Besprechung des militärischen Teils des französischen Planes bezog sich der türkische Außenminister auf seine im vorigen Jahre auf der Abrüstungstagung gehaltene Rede und führte aus, daß die mangelhafte Sicherheit mehr auf Ursachen moralischer Art zurückzuführen sei.

Tewfik Rüschdi Bej erinnerte an das Beispiel, das Politik durch die griechisch-türkischen Beziehungen geliefert habe, und betonte, die verantwortlichen Staatsmänner müßten bei der Behandlung irgendwelcher Fragen vor allem innerlich davon überzeugt sein, daß ein Ergebnis erzielt werde.

Die verhandelnden Teile seien natürlich gezwungen, sich den in der Nachkriegszeit geschaffenen neuen Verhältnissen anzupassen, und gingen nur zögernd vor. Damit diese Uebergangszeit jedoch nicht allzu lange dauere, müsse man mit Opfergeist und gegenseitiger Hilfsbereitschaft ans Werk gehen. Der französische Plan sei eine Folge dieser Geistesverfassung.

Weiter bemerkte der Redner, daß die Abrüstungsfrage sicher nicht gelöst werden könne, solange nicht das Sicherheitsproblem auf die eine oder andere Art geregelt sei. Man müsse wirksame Mittel suchen, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Tewfik Rüschdi Bej unterzog dann die im französischen Plan vorgesehene politische Organisation der Sicherheit einer Würdigung, indem er sich teils dafür, teils dagegen aussprach. Manche Staaten, besonders England, würden den für Europa im französischen Plan vorgesehenen Organisationen nicht beitreten. Im Augenblick könne man nur zu einem Ergebnis gelangen, indem man den Briand-Kellogg-Pakt, der umfassender sei, ausbaue.

Die Türkei nehme die von Litwinoff vorgeschlagene Fassung des Begriffes des angreifenden Staates an. Die Türkei werde später noch einige Ergänzungen zu der russischen Anregung vorschlagen können.

Aus der Gesamtheit der bis jetzt von den Vertretern der verschiedenen Mächte gemachten Vorschläge hinsichtlich der quantitativen und qualitativen Abrüstung schließe er, daß es der Tagung möglich sein müsse, auf diesem Gebiet ein durchführbares Abkommen zu erzielen. Man müsse diesmal sowohl auf dem Gebiete der politischen Sicherheit als auch in der Abrüstungsfrage zu greifbaren Ergebnissen gelangen können.

*

In den Kreisen der Abrüstungstagung rief die Rede Tewfik Rüschdi Bejs einen sehr günstigen Eindruck hervor. Der Redner erntete lebhaften Beifall.

Grosse Programmrede Hitlers

Massenkundgebung im Berliner Sportpalast.

Berlin, 10. Febr.

Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei veranstaltete heute im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung, bei der Reichskanzler Adolf Hitler eine große programmatische Rede hielt.

Die große Halle des Sportplatzes war so dicht gefüllt, daß die Parteiführer nur mit Mühe zu ihren Plätzen gelangen konnten.

In den ersten Reihen des Parterres waren zahlreiche Mitglieder der Reichsregierung und der Behörden zu sehen, daninter waren Plätze für die ausländischen Diplomaten vorgesehen, die von zahlreichen Mitgliedern aller fremden Botschaften und Gesandtschaften besetzt waren.

Ansprache Goebbels.

Als Vertreter der veranstaltenden Partei betrat zuerst Dr. Goebbels die Rednertribüne, nachdem er vorher durch das Mikrofon der Reichsrundfunkgesellschaft — die Kundgebung wurde durch alle deutschen Sender übertragen — für die Rundfunkhörer einen kurzen Hörbericht gesprochen hatte, in dem er die vielen Millionen deutscher Volksgenossen begrüßte, die heute Zeugen der gewaltigsten Massenkundgebung wurden, die Deutschland je gesehen habe. An 10 öffentlichen Plätzen waren — wie aus seinen Worten zu entnehmen war — Riesenlautsprecher aufgestellt, um der Bevölkerung Berlins die Rede Hitlers direkt vernehmlich zu machen. Tosende Heil-Rufe zeigten den Eintritt des Reichskanzlers an, den die Menge mit erhobenem Arm und durch Absingen des Deutschlandliedes begrüßte.

Nachdem sich der Sturm der Begeisterung gelegt hatte, führte Dr. Goebbels aus:

„Kaum ein Monat ist es her, da sprach der Führer von dieser Stelle aus zu denn versammelten S.S. und S.A. Leuten, damals noch der Führer einer verlästerten, verlachten und verhassten Oppositionsbewegung.

Kaum vier Wochen sind ins Land gegangen, und wieder besteigt der Führer dieses Podium, diesmal aber nicht als Führer der deutschen Opposition, sondern als deutscher Reichskanzler!" (Tosender Beifall.)

„Daß er beim ersten Male seines öffentlichen Auftretens nach der Uebernahme der Verantwortung zum Volke selbst spricht, das ist für uns der beglückende Beweis dafür, daß er eben ein Mann des Volkes ist und ein Mann des Volkes bleiben wird. Wir begrüßen ihn daher mit besonderer Freude, wir begrüßen aber auch alle diejenigen, die im Rundfunk seine Rede mit anhören werden.

Adolf Hitler hat jetzt das Wort!" (Minutenlanger brausender Jubel, Heil Hitler-Rufe.)

Der Kanzler spricht.

Der Reichskanzler besteigt die Rednertribüne und spricht:

Deutsche Volksgenossen
und Volksgenossinnen!

Am 30. Januar dieses Jahres wurde die neue Regierung der nationalen Konzentration gebildet. Ich glaube, daß nunmehr die Voraussetzungen erreicht sind, um die ich das vergangene Jahr gekämpft habe.

Die Geschichte der NSDAP.

Nun will ich Ihnen nocheinmal in großen Zügen die Ursachen darlegen, die mich einst bewogen, diese Bewegung ins Leben zu rufen und die mich nunmehr bewegen sie einzusetzen:

Heute ist die entscheidende Phase des Kampfes um die deutsche Bewegung. Als 1918 der Krieg endete, war ich wie viele andere junge Deutsche schuldlos an den Kriegsursachen, am Kriegsbeginn, schuldlos an der Führung dieses Kampfes, aber ebenso schuldlos an der übrigen politischen Gestaltung des politischen Lebens, ein einfacher Soldat wie zehn Millionen andere auch. Eines aber hat mich von diesen Millionen geschieden, die Erkenntnis, daß man den Folgen des Verbrechens der Revolution nur dann werde begegnen können, wenn man aus den Fehlern der Vergangenheit lerne.

So ging ich damals meinen eigenen Weg, ging daran, im November 1918 zu wiederholen, was Deutschland 60 Jahre vorher bereits getan. Wie vor den Kämpfen um die deutsche Einheit war auch jetzt das deutsche Volk zerrissen und ohne Macht. So mußte das deutsche Volk genau denselben Leidensweg wieder durchmachen, zerfallen in seiner Weltanschauung, aufgelöst in Parteien, Weltauffassungen, die einander bekämpften. So wie einst aus der Not dieser Zerrissenheit in einem unerhörten Ringen wieder die deutsche Einheit kam, um dem deutschen Leben die Voraussetzungen zu sichern, so war mir klar, daß sich aus dieser Zerrissenheit vom November 1918 nur ein Weg nach oben zur Wiedergewinnung einer neuen deutschen Einheit zeigen müsse.

Kampf gegen den Marxismus.

Wenn schon das Leben, die Herkunft der einzelnen Menschen, Wirtschaft, Bildung, Wissen, Vermögen sie trennen, dann kann nicht die Politik aus dieser Trennung sie aufbauen und einigen. Irgend ein Gegengewicht muß gegen diese auflösenden Tendenzen geschaffen werden. Die einzelnen Unterschiede sind da. Aufgabe der Politik kann nicht sein, sie getrennt zu organisieren, um sie niemals wieder zusammenkommen zu lassen, sondern Aufgabe der Politik muß sein, diese Trennung durch ein größeres Ideal, eine größere Erkenntnis zu überwinden.

Daher faßte ich damals den Entschluß, eine Gewegung zu bilden, die über Stände, Berufe und Parteiklassen von früher hinweg das deutsche Volk wieder einigen könne. Und als ich dieses positive Ziel mir damals stellte, war ich mir darüber klar, daß ich eben damit den Kampf gegen die Erscheinungen des politischen Lebens verbinden müßte, die an diesem Ziel nicht interessiert waren, ja es haßten, weil sie gerade auf diese Zerrissenheit aller ihr Leben aufbauten. Klassenkampf und Klassenherrschaft mußten bekämpft werden. Der Kampf gegen den Marxismus wurde damals zum ersten Male zu meinem Kampfziel erhoben. Damals gelobte ich mir nicht zu ruhen, bis endlich diese Erscheinungen aus dem deutschen Leben beseitigt sein würden.

Denn der heutige Marxismus bedeutet Verewigung der Zerreißung der Nation und damit Schwächung und Verelendung des ganzen Volkes und den Verrat gerade an der Klasse, der er eine bessere Zukunft zu bringen verspricht.

Dem Verrat an der Arbeiterschaft folgt der Verrat am deutschen Bauern, am Stande der mittleren Existenzen und des Handwerks, und es muß dann ein Krieg gegen das Volk und gegen die Kultur dieses Volkes kommen, ein Krieg gegen die Tradition und Auffassung von Größe, Ehre, Freiheit, ein Angriff gegen alle Grundlagen unseres Gemeinschaftslebens. Nach außen pazifistisch, nach innen terroristisch, so kann sich diese Auffassung behaupten. So war mein Gedankengang und die Folgen sind genau so eingetroffen.

Vierzehn Jahre herrscht heute diese Partei, herrscht diese Weltanschauung, und die Ergebnisse sind grauenhaft.

Ich will nur diese fünfzehn Jahre nehmen, die hinter uns liegen, angefangen von dem Tage, da der Munitionsstreik ausbrach, dem Tage, da die rote Fahne gehißt wurde und die Zeit der ewigen Demütigung anbrach, die Zeit der beginnenden Unterwertung, die Zeit, da man auf alles verzichtete, was man 40 Jahre vorher erreicht hatte, als das Heer zerbrach, die Kriegsflotte ausgeliefert und die Handelsflotte zerstört wurde, als man die Kolonien weggab und die deutsche Wirtschaft ihr gesamtes Auslandskapital verlor und dann im Friedensvertrag Verpflichtungen dem deutschen Volke auferlegt wurden, die einfach Wahnsinn sind. Die Zeit, in der durch den Friedensvertrag die Welt in zwei Teile zerrissen werden sollte, in Sieger und Besiegte, in Völker mit Lebensmöglichkeiten und in Völker, denen man die Lebensmöglichkeiten nahm.

Verfallserscheinungen.

Das deutsche Volk begann von Jahr zu Jahr mehr zu verfallen, nicht nur in Größe und Macht, sondern in seiner Ehre, in seinem Ansehen. Es kam die Zeit, da man sich dann mit Stolz zum Deutschtum bekennen konnte, wenn man den Blick in die Vergangenheit richtete, aber sich schämen mußte, wenn man die Gegenwart besah.

Dann setzte der Verfall im Innern ein: die Auflösung aller Gefüge in unserem Volke. Es kam der Sieg des Gedanken der internationalen Verbrüderung, selber wieder uneins in sich, eine zweite Internationale steht auf, eine dritte, und gegen diese Erscheinungen wieder eine weltbürgerliche Vereinigung, Deutschland sinkt in politischen Verfall und über all dem erhält sich das Finanzkapital als Sieger.

Erschreckend, wie mit dem Volksvermögen gewirtschaftet wird! Was Generationen in mühevoller Arbeit geschaffen, wird leichten Herzens preisgegeben. Es kam die Zeit der furchtbarsten Verbrechen am deutschen Volk, die Zeit der Ausplünderung und Unterdrückung. Wir haben selber in dieser Zeit gesehen, wie nun langsam das Leben der deutschen Menschen immer tiefer und tiefer sank. Eine Inflation hat dann unser Volk noch erdulden müssen, die Millionen Menschen ihrer Spargroschen beraubte. Und all das wurde verantwortet von den Männern des Deutschlands von 1918!

Der Reichskanzler schildert dann den Verfall auf *geistigem* Gebiete, das Entstehen einer Kunst, Literatur, Architektur, die der deutschen Seele nichts mehr

Riesenexplosion in Neunkirchen (Saar).

100 bis 200 Tote.

Neunkirchen (Saar), 11. Febr. (A.A.)

Ein großer Gasbehälter explodierte. Man rechnet mit 100—200 Toten und mehreren hundert Verletzten.

In der ganzen Stadt wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

*

Der Gasbehälter war 85 m hoch und enthielt 120.000 Kubikmeter Gas.

Die Stahlsplitter wurden bis zu 800 m Höhe in die Luft geschleudert und regneten auf die ganze Stadt nieder.

Der Bahnhof von Neunkirchen ist vollständig im Schutt begraben.

Die Verkehrwege sind in weitem Umfange zerstört, was die Rettungsarbeiten sehr erschwert.

Das Dröhnen der Explosion war sogar in Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg zu hören.

Ueberfall auf Nationalsozialisten.

Berlin, 11. Febr. (A.A. n. WTB.)

In der Nacht auf heute schossen unbekannte Täter, die auf einem Motorrad gekommen waren, in ein von Nationalsozialisten besuchtes Lokal und schleuderten zwei Handgranaten hinein.

Es gab 3 Verletzte.